



Die Woche im Bundestag



Für Modernisierung und Sicherheit Europäischer Rat in unruhigem internationalen Umfeld

Nach der erneuten Wahl Angela Merkels zur Bundeskanzlerin und der Vereidigung des neuen Bundeskabinetts in der vergangenen Woche werden wir nun keine Zeit verlieren und mit der Umsetzung des Koalitionsvertrages beginnen. Wir werden darauf achten, dass die für die Bürger und Unternehmen wichtigen Vorhaben zügig angegangen werden.

Dazu zählt vor allem der Bundeshaushalt 2018, den wir im Frühjahr beraten und vor der parlamentarischen Sommerpause verabschieden wollen. Wir streben dabei insbesondere in drei Feldern konkrete Fortschritte an: im Ausbau der Infrastruktur, in der Unterstützung von Familien und in der weiteren Verbesserung der inneren Sicherheit in unserem Land.

Um in allen Regionen und vor allem in ländlichen Räumen Anschluss an die Zukunft zu halten, werden wir die Breitbandversorgung und damit das schnelle Internet zielstrebig und mit Macht ausbauen. So legen wir eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, aber auch für ein modernes Leben in unserem Land. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Versorgung der Schulen. Der Bund wird die Länder mit dem Digitalpakt Schule dabei unterstützen, Schüler so besser auf das Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorzubereiten. Die Digitalisierung der Gesellschaft ist das große Zukunftsprojekt dieser Koalition.

Wichtig ist uns eine rasche Unterstützung und Entlastung von Familien. Mit der Einführung des Baukindergeldes soll es jungen Familien erleichtert werden, eigenen Wohnraum zu erwerben. Mit einer Erhöhung des Kindergeldes unterstützen wir sie in der Zeit,

in der sie dies am dringendsten benötigen. Und mit der Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir helfen damit den Familien ganz konkret in ihrem Lebensalltag.

Oben auf der Liste der nun anzugehenden Fragen steht auch unser Einsatz für mehr innere Sicherheit. Dabei kommt dem Pakt für den Rechtsstaat eine Schlüsselrolle zu.



Damit schaffen Bund und Länder 15.000 Stellen bei der Polizei und den Sicherheitskräften sowie 2.000 Stellen bei der Justiz – so können Straftaten schneller aufgeklärt und Täter auch umgehend vor Gericht gestellt werden.

Auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates stehen traditionell Wirtschaftsthemen im Mittelpunkt. Die Staats- und Regierungschefs werden sich darüber hinaus mit einer Reihe weiterer drängender Fragen beschäftigen, darunter Steuer- und Außenpolitik. Weiterhin werden die EU-Führungsspitzen im EU27-Format auch über den Brexit und im Euro-Gipfel-Format über das Euro-Währungsgebiet beraten. Europa befindet sich in

einer Phase wirtschaftlicher Erholung. Aber noch immer ist die Jugendarbeitslosigkeit in Teilen der EU besorgniserregend hoch. Zudem findet der Gipfel in einem schwierigen internationalen Umfeld statt, das u.a. von einem Giftgasangriff in Großbritannien, dem Brexit sowie handelspolitischen Auseinandersetzungen mit den USA geprägt ist.

Neue AG-Vorsitzende



In dieser Woche sind Dr. Mathias Middelberg und Elisabeth Motschmann von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu neuen Vorsitzenden der Arbeitsgruppen Innen

bzw. Kultur und Medien gewählt worden. Damit sind sie die neuen Sprecher der Unionsfraktion für ihre jeweiligen Themenbereiche.

Die Woche im Parlament

Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin und Generalausprache. In einer Regierungserklärung hat die Bundeskanzlerin dem Deutschen Bundestag die Schwerpunkte und Leitlinien der vierten von ihr geführten Bundesregierung dargelegt. Der darauffolgenden Generalausprache schlossen sich von Mittwoch bis Freitag Aussprachen zu allen Ressorts an. Die neue Bundesregierung hat hier ihre Prioritäten und wichtigsten Themen in den einzelnen Politikfeldern vorgestellt. Anschließend haben wir jeweils über die geplanten Vorhaben und Schwerpunktsetzungen debattiert.

Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung Iraks. Auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses haben wir in namentlicher Abstimmung die Zusammenlegung des bisherigen Bundeswehrmandats zur Ausbildung der Peshmerga im Nord-Irak mit dem Mandat zur Unterbindung terroristischer Handlungen durch den IS beschlossen. Das Mandat soll

bis zum 31. Oktober 2018 gelten. Die vorerst siebenmonatige Mandatsdauer lässt uns die Möglichkeit offen, das aktuelle Mandat im Lichte einer in Planung befindlichen NATO-Mission, die im Juli beschlossen werden soll, anzupassen und ggf. neu zu bewerten. Die Mandatsobergrenze von bislang 1.350 Soldaten in beiden Missionen wird auf 800 Soldaten abgesenkt, da der Kampf gegen den IS nicht mehr in der Fläche, sondern lediglich in einzelnen Gebieten notwendig ist. Neue Komponente des zusammengelegten Mandats ist die spezialisierte militärische Ausbildung der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte im gesamten Land. Das neue Mandat passt sich nicht nur veränderten Rahmenbedingungen an, sondern sendet ein wichtiges Zeichen außenpolitischer Kontinuität an unsere Partner in der internationalen Anti-IS-Allianz.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer. Die Mission SEA GUARDIAN leistet einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung illegaler Aktivitäten wie Waffenschmuggel und Menschenhandel sowie organisierter Kriminalität im Mittelmeerraum. Sie dient ebenfalls der Eindämmung des Gefährdungspotenzials des internationalen Terrorismus in der Region, insbesondere mit Blick auf die Mittelmeer-Anrainerstaaten Nordafrikas und Vorderasiens. In namentlicher Abstimmung beschlossen wir deshalb die Verlängerung der deutschen Beteiligung an der Mittelmeermission bis zum 31. März 2019 bei einer unveränderten Obergrenze von 650 Soldaten.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS) auf Grundlage der Resolution 1996 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Juli 2011 und Folgeresolutionen, zuletzt 2392 (2017) vom 14. Dezember 2017. Auch über zwei Jahre nach Abschluss eines Friedensabkommens im Südsudan steht die junge

Republik vor immensen politischen und humanitären Herausforderungen. Mit unveränderter Obergrenze von 50 Soldaten stimmten wir namentlich über die Verlängerung der VN-Mission bis zum 31. März 2019 ab. Der Beitrag der deutschen Streitkräfte konzentriert sich vor allem darauf, Einzelpersonal in den Führungsstäben der Mission sowie als Beratungs-, Verbindungs- und Beobachtungsoffiziere zur Verfügung zu stellen.

Unterstützung im Berliner Bundestagsbüro



In dieser Woche hatte ich gleich zwei Praktikanten in meinem Berliner Bundestagsbüro, die uns bei der Arbeit unterstützt und über unsere Schultern geschaut haben. Alina Dallmann: sie ist Teilnehmerin eines Hospitationsseminars der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Hochschulgemeinden. Und Hussein Dia: er studiert Regionalstudien Asien/Afrika. Beide politisch sehr interessiert und engagiert - mit solchen jungen Leuten hat Deutschland eine gute Zukunft!

Daten und Fakten

Koalitionsvertrag Grundlage für höheres Wirtschaftswachstum. Die neueste Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) geht davon aus, dass die deutsche Wirtschaft 2018 um 2,4%, im kommenden Jahr dann um 1,9% wachsen wird. Die Berechnungen der Konjunkturforscher

fallen damit um 0,2 beziehungsweise 0,3 Prozentpunkte höher aus als noch im Dezember 2017. Grund dafür sind die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen, die signifikante Entlastungen der privaten Haushalte erwarten lassen. So stelle die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung trotz weniger stark steigender Unternehmensgewinne eine Entlastung der Arbeitnehmer in Höhe von mehreren Milliarden Euro in Aussicht. Ferner stiegen die verfügbaren Einkommen durch geplante Maßnahmen der Großen Koalition im Bereich der Rente sowie durch die Erhöhung des Kindergeldes. Beides dürfte sich positiv auf den privaten Konsum auswirken. Dieser wird ebenfalls durch die anhaltend gute Lage auf dem Arbeitsmarkt begünstigt. Das DIW prognostiziert hier einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 5,2% im laufenden Jahr. 2019 könnte die Zahl der Arbeitslosen gar auf 4,8% zurückgehen und damit unter die Fünf-Prozent-Marke fallen. (Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Liebe Leserinnen und Leser,

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich ein gesegnetes Osterfest und einige geruhsame Tage. Die nächste Ausgabe von der „Woche im Bundestag“ erhalten Sie am 20. April 2018.



Dr. Maria Flachsbarth, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 7 46 66
Fax: (030) 227 7 66 66
www.flachsbarth.info